Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

Geschäftszahl:
BMEIA: 2025-0.211.541

10/4.3
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 17. März 2025; Bericht

Am 17. März 2025 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Situation im Nahen Osten, Syrien, Iran und die EU-US-Beziehungen.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Kaja Kallas verwies einleitend auf ihre rezente Reise zur Teilnahme am G7-Außenministertreffen in Kanada sowie ihr dortiges Treffen mit dem neuen US-Secretary of State Marco Rubio, in dessen Rahmen sie auch die Einladung an Secretary Rubio zur Teilnahme an einer der kommenden Ratstagungen erneuert habe.

In der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dankte der ukrainische Außenminister Andrii Sybiha für die anhaltende EU-Einigkeit und starke EU-Unterstützung für die Ukraine. Die jüngsten Gespräche zwischen der Ukraine und den USA in Saudi-Arabien seien konstruktiv verlaufen. Die Ukraine habe dem US-Vorschlag einer allgemeinen Waffenruhe zugestimmt, obwohl Russland in der Vergangenheit Waffenstillstände immer selbst verletzt habe. Nun liege es an Russland, den Vorschlag ebenso anzunehmen. Die Ukraine beginne bereits mit Vorbereitungen für das Monitoring eines allfälligen Waffenstillstands mit internationaler Unterstützung, jedoch nicht nach dem Modell des OSZE-Monitorings nach 2014. Die Ukraine habe weiters ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung eines Abkommens über kritische Rohstoffe mit den USA erneuert. Außenminister Sybiha begrüßte die geplante Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten sowie Pläne zur weiteren militärischen Unterstützung der Ukraine, da mittelfristig nur eine starke europäische Verteidigung gemeinsam mit der Ukraine eine ausreichende Abschreckung gegenüber Russland bieten würde. HV/VP Kallas verwies in der anschießenden internen Diskussion auf ihren Vorschlag zur Stärkung der militärischen Unterstützung der EU für die Ukraine sowie auf die Bedeutung von entsprechenden Entscheidungen beim bevorstehenden Europäischen Rat am 20./21. März

2025 besonders hinsichtlich weiterer Lieferungen von Artillerie-Munition. Die GSVP-Missionen EUMAM Ukraine und EUAM Ukraine seien wichtige EU-Instrumente zur Unterstützung der Ukraine, die Unterstützung der ukrainischen Verteidigungsindustrie werde auch im Weißbuch zur Zukunft der Verteidigung Europas eine Rolle spielen. Ebenso sei weiterer Druck auf Russland vor allem durch Sanktionen notwendig. Kommissarin Marta Kos informierte anschließend über die bisherigen EU-Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine in Höhe von insgesamt rd. 138 Mrd. Euro und die Pläne zur Fortsetzung dieser Unterstützung auch 2025, unter anderem im Wege der Ukraine-Fazilität sowie im Rahmen des G7-Mechanismus.

Im Zuge der Diskussion betonten zahlreiche Mitgliedsstaaten, dass nach dem jüngsten Treffen zwischen der Ukraine und den USA in Saudi-Arabien nun Russland seine Bereitschaft zu Frieden beweisen müsse. Mehrere Mitgliedsstaaten unterstrichen, dass Verhandlungen diesbezüglich nicht ohne die EU und die Ukraine stattfinden dürften und das Ziel eines anhaltenden und gerechten Friedens verfolgen müssen. Einige Mitgliedstaaten betonten in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Sicherheitsgarantien für die Ukraine und verwiesen auf die laufenden Arbeiten an möglichen Optionen dafür. Ich unterstrich die klare pro-europäische und pro-ukrainische Position der neuen österreichischen Bundesregierung und informierte über meine jüngste Reise nach Kyjiw sowie meine dortigen Treffen unter anderem mit Präsident Wolodymyr Selenskyj, Premierminister Denys Schmyhal und Außenminister Sybiha. Es sei im europäischen Interesse, dass es keinen diktierten, sondern gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine gebe. Dazu müsse der koordinierte globale Outreach fortgesetzt werden, um Partner für Multilateralismus und Rechtsstaatlichkeit zu finden. Österreich sei bereit, Wien, nicht zuletzt als Amtssitz der Vereinten Nationen und der OSZE, als möglichen Austragungsort für Friedensgespräche zur Verfügung zu stellen. Zu den immobilisierten russischen Vermögenswerten betonte ich, dass nicht die europäischen Steuerzahlerinnen und -zahler für die von Russland in der Ukraine angerichteten Schäden aufkommen sollten, es jedoch für mögliche weitere Schritte eines soliden Rechtsrahmens im Einklang mit Europa- und Völkerrecht bedürfe. Ebenso müssten die laufenden Arbeiten zur Sicherstellung der Rechenschaftspflicht Russlands für seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine fortgesetzt werden.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten verwies HV/VP Kallas auf die katastrophale humanitäre Lage in Gaza. Der Wiedereinsatz der zivilen GSVP-Mission EUBAM Rafah, die bereits mehr als 4.000 Personen einen Grenzübertritt zum Zwecke medizinischer Behandlung ermöglicht habe, sei ein wichtiges Signal des EU-Engagements. Der arabische Plan für den Wiederaufbau Gazas sei eine gute Basis, bedürfe jedoch weiterer Überlegungen zu *Governance*, Sicherheitsaspekten und Finanzierung des Wiederaufbaus. Die EU müsse klarstellen, dass es keine Rolle der Hamas in Gaza geben könne und die Rückkehr der Palästinensischen Autonomiebehörde notwendig sei. Die EU sei der

finanziellen Unterstützung der palästinensischen Autonomiebehörde verpflichtet, um die Stabilität auch im Westjordanland sowie die Perspektive auf eine Zweistaatenlösung aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang spiele der geplante hochrangige Dialog mit der Palästinensischen Autonomiebehörde am Rande des RAB im April eine zentrale Rolle. Im Zuge der Diskussion bekräftigen zahlreiche Mitgliedsstaaten die Notwendigkeit von anhaltender und bedingungsloser humanitärer Hilfe für Gaza und kritisierten in diesem Kontext die jüngsten Schritte seitens Israels. Eine klare Mehrheit der Mitgliedsstaaten begrüßten den arabischen Plan für den Wiederaufbau von Gaza grundsätzlich und betonten, dass Hamas jedenfalls keine Zukunft mehr in Gaza haben dürfe. Einige Mitgliedsstaaten unterstrichen die Notwendigkeit einer Brückenfinanzierung für die Palästinensische Autonomiebehörde, um deren drohenden Kollaps zu verhindern, und äußerten sich besorgt über jüngste Entwicklungen in Ostjerusalem beziehungsweise im Westjordanland.

Die anschließenden Tagesordnungspunkte zu Syrien, Iran und den EU-US-Beziehungen wurden im eingeschränkten Format behandelt.

Unter Sonstiges sprach ich die jüngsten Entwicklungen am Westbalkan an, vor allem in Bosnien und Herzegowina sowie in Serbien, erinnerte an das Ersuchen der Gruppe der „Freunde des Westbalkans“ zur Einladung der Außenminister der sechs Westbalkanstaaten zu einem regelmäßigen Austausch im Rahmen von Ratstagungen und bat um Behandlung der Region als vollwertigen Tagesordnungspunkt beim RAB im April. HV/VP Kallas sagte dies auch sogleich zu.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. Mai 2025

Mag.ª Beate Meinl-Reisinger, MES
Bundesministerin